

Der Kiesel in der Brandung

Die EVP des Kantons Zürich feiert in diesem Monat ihr 100-jähriges Bestehen

Das runde Jubiläum ist für die Mittepartei kein Grund für inhaltliche Anpassungen. Aber ein guter Anlass für eine personelle Erneuerung.

STEFAN HOTZ

Klein, aber zäh. Das ist der erste Eindruck von der Evangelischen Volkspartei, die demnächst ihr 100-jähriges Bestehen feiert (siehe Zusatztext). Bereits mit der ersten Teilnahme an der Nationalratswahl 1919 eroberte sie ein Mandat. Seither war die Zürcher EVP nur einmal, von 1939 bis 1943, im Bundeshaus nicht vertreten; sonst hielt sie in der grossen Kammer immer mindestens einen Sitz, von 1959 bis 1995 deren zwei.

Die EVP sah Parteien kommen und gehen: Frontisten, Republikaner, Auto- und Schweizer Demokraten auf der einen, Kommunisten und Progressive auf der anderen Seite, ebenso den Landesring in der Mitte. Neben politischen Umbrüchen kann auch die Säkularisierung der Gesellschaft samt den Kirchengaustritten der EVP wenig anhaben. Ihr Anteil bei den Kantonsratswahlen bewegt sich seit der Nachkriegszeit in Promille-Schritten zwischen dem Maximum von 75 Prozent (1983: 14 Sitze) und dem Minimum von 3,8 Prozent (2011: 7 Sitze).

Ein weiterer statistischer Befund zeigt, wie sehr die Partei 2014 das knappe Scheitern an der 5-Prozent-Hürde in der Stadt Zürich schmerzen musste: Die EVP ist in allen anderen 12 Stadtparlamenten des Kantons seit deren Bildung ununterbrochen vertreten, erneut mit nur einer Ausnahme, Uster von 1942 bis 1950. In zwei Städten, Wetzikon und Bülach, stellt sie derzeit den Stadtpräsidenten.

Politik ohne Bibelverse

Die Kleinpartei glaubt an ihre Zukunft. Sie tut dies, das der zweite Eindruck, selbstbewusst und ohne jede Verbissenheit. Im Gespräch mit ihren Exponenten fällt bald der Begriff Verantwortungsethik: Die EVP schielt nicht mit ideologischen Parolen auf den Wahlerfolg, sie will mit anderen zusammen etwas erreichen. Insofern sei die EVP die Schweizer Partei, sagt ihr Sekretär Peter Reinhard, und sie sei nie eine Einthemenpartei gewesen. Der abtretende EVP-Präsident Johannes Zollinger ergänzt, der Wille, an Lösungen mitzuarbeiten, setze Charakter, Persönlichkeit und Stil voraus. Sein designierter Nachfolger Hanspeter Hugentobler betont, es brauche ein verbindendes Element in der politischen Mitte.

Die EVP grenzt sich aber gegen die anderen konfessionellen Parteien ab. Das E im Namen will sie auf keinen Fall



Prägende Köpfe: Der abtretende Präsident Johannes Zollinger, sein Nachfolger Hanspeter Hugentobler und der langjährige Parteisekretär Peter Reinhard (von links), fotografiert im EVP-Sekretariat an der Josefstrasse in Zürich.

ANNICK RAMP / NZZ

ablegen. «Wenn die CVP das C abschafft, kann sie sich auflösen», sagt Reinhard mit Blick auf die ungleiche Schwesterpartei. Für Hugentobler bedeutet der EVP-Slogan «Christliche Werte – menschliche Politik», mit allen Menschen so umzugehen, wie man selber behandelt werden möchte.

Man könne nicht mit Bibelversen Politik machen, ergänzt Zollinger. Eine Spitze gegen die EDU, die sich einst von der EVP abgespalte und meist einen rechtsbürgerlichen Kurs verfolgt. «Wir müssen in der Politik Lösungen für alle finden», sagt der EVP-Präsident, der einer Freikirche angehört. Das rufe er manchmal seinen eigenen Leuten in Er-

Anfänge in Uster

sho. · Die EVP wurde am 4. März 1917 im Lokal der Freien Kirche Uster als «Protestantisch-christliche Partei» gegründet. Noch vor den Wahlen 1919 folgte in Brugg die Bildung der EVP Schweiz, die als Erste den Begriff Volkspartei nutzte. Erster Zürcher EVP-Nationalrat bis 1939 war der Arzt und Schriftsteller Hans Hoppeler. Am 25. März führt die EVP des Kantons Zürich in Pfäffikon ihre 100. Jahresversammlung durch, die Hanspeter Hugentobler ohne Gegenkandidaten zu ihrem neuen Präsidenten wählen wird.

innerung, wenn er sich als Wädenswiler Schulpräsident für die familienexterne Kinderbetreuung einsetze. «Wir sagen nicht, dass die EDU das Falsche glaubt. Aber wir haben ein anderes Politikverständnis», sagt Zollinger.

Die EVP kombiniert soziale und grüne Anliegen mit einer konservativen Gesellschaftspolitik. Das Prädikat konservativ störe ihn nicht, wirft Zollinger ein; das Gegenteil davon sei nämlich destruktiv. Nach herben Verlusten 2011 konnte sich die EVP in den letzten kantonalen Wahlen mit einem Sitzgewinn behaupten. In der Mitte der Mitte gibt sie wegen der knappen Verhältnisse im Kantonsrat manchmal den Ausschlag für die Mehrheit. Die EVP ist kein Fels in der politischen Landschaft, aber der Stein im Schuh der grossen Parteien.

Intern gibt es wenig Differenzen, am ehesten in Bildungsfragen, wo jüngst zur Abstimmung im Mai über die Fremdsprachen-Initiative die Delegierten das Nein der Fraktion überstimmten. Da bestehe ein Spannungsfeld zwischen den Praktikern im Schulzimmer und den Schulpflegern, beschwichtigt Reinhard. Unbestritten sei, dass man in die Bildung investiere und Hauruck-Übungen vermeide, ergänzt Hugentobler, selber Schulpräsident in Pfäffikon. Inhaltlich sei die EVP gut aufgestellt, sagt ihr künftiger Präsident. Vorgenommen hat er sich, die junge Generation zu motivieren, sich politisch zu engagieren. «Es er-

schüttert mich, wenn jeweils gesagt wird, Politik sei ein Dreckgeschäft. Es geht doch darum, unser Zusammenleben zu gestalten», sagt Hugentobler.

Seit 42 Jahren Parteisekretär

Der Wechsel an der EVP-Spitze markiert einen Generationenwechsel, der auch die Hälfte der 8-köpfigen Kantonsratsfraktion betrifft. Hanspeter Hugentobler rückte bereits 2015 für den in den Bankrat gewählten Walter Schoch (Bauma) nach. Ende Jahr trat Johannes Zollinger (Wädenswil) aus dem Rat zurück, kürzlich tat es ihm Gerhard Fischer (Bäretswil) gleich, und im April macht auch Peter Reinhard (Kloten) Platz. Bereits entschieden ist, dass zur Mitte der Legislatur Nationalrätin Maja Ingold den Sitz in Bern für den Winterthurer Nik Gugger räumt. Dieser wird im Kantonsrat durch eine Frau ersetzt.

Reinhard bleibt der EVP aber erhalten. Er war 1974 in Opfikon mit 20 Jahren der jüngste Parlamentarier der Schweiz. Seit 42 Jahren ist er Parteisekretär und damit der amtsälteste Berufspolitiker im Kanton Zürich. Dank ihm war die EVP bezüglich EDV früh à jour und hat ihr Büro seit über 30 Jahren im Stadtkreis 5 in einer EVP-eigenen Baugenossenschaft. Ende 2018 wird Reinhard pensioniert, aber die Partei dürfte im Wahljahr 2019 noch von seiner beträchtlichen Erfahrung profitieren.

FCZ will neuen Trainingscampus

Pläne in Schwamendingen

ak. · Wer regelmässig über die Allmend Brunau spaziert, kann gelegentlich den Fussballern des FC Zürich beim Trainieren zuschauen. Das mag die Spaziergänger erfreuen, nicht aber die Sportler selber. Denn seit über zehn Jahren ist das Training auf der Allmend und in der Saalsporthalle lediglich eine provisorische Lösung. Die dortige Infrastruktur sei «für den Spitzensport untauglich», heisst es in einer Medienmitteilung des FC Zürich.

Seit 2010 trainieren die Elite-Nachwuchs-Teams und die FCZ-Frauen in der Sportanlage Heerenschürli in Schwamendingen. Auch dort sei die Infrastruktur nicht optimal, heisst es in der Mitteilung weiter. Deshalb plant der FC Zürich, beim Heerenschürli einen neuen Campus für alle Mannschaften zu erstellen.

Die Stadt Zürich überlässt dem FC Zürich einen Sandplatz auf der Sportanlage Heerenschürli im Baurecht. In Eigenregie will der Fussballverein darauf ein Gebäude mit einer Nutzfläche von rund 3000 Quadratmetern erstellen. Darin werden neben der Infrastruktur für alle Mannschaften auch die Geschäftsstelle des FCZ und ein Leistungszentrum des Schweizerischen Fussballverbands untergebracht, für das allerdings noch das Auswahlprozedere läuft. Das neue Zentrum soll im Winter 2018/2019 eröffnet werden.

IN KÜRZE

Rapperswiler Stadtpräsident bei Kesb-Klage im Ausstand

wbt. · Die heftigen Angriffe der von Bruno Hug geführten «Obersee-Nachrichten» auf die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (Kesb) Linth und den damals amtierenden Stadtpräsidenten von Rapperswil-Jona, Erich Zoller, hatten letztes Jahr zwei Folgen. Erstens reichte die Stadt im August Klage gegen das Gratisblatt ein, und zweitens wurde im November Zoller als Stadtpräsident abgewählt. Hug hatte selber kandidiert, verzichtete dann aber zugunsten des schliesslich gewählten Martin Stöckling. Jetzt hat die Stadt eine dritte Folge bekanntgemacht: Zu Stöcklings Dossiers hätte die Klage gegen die «Obersee-Nachrichten» gehört, deren Verleger massgeblich zu seiner Wahl beigetragen hatte. Stöckling ist jetzt allerdings in allen die Klage betreffenden Fragen in den Ausstand getreten. Wie der Stadtrat mitteilt, ist das Dossier dem Vizepräsidenten Roland Manhart zugewiesen worden.

SP stützt Präsidiumssuche breit ab und wählt im Mai

asü. · Die Geschäftsleitung der SP des Kantons Zürich hat eine Findungskommission eingesetzt, die geeignete Kandidaten für die Nachfolge des zurückgetretenen Parteipräsidenten Daniel Frei selektionieren soll. Präsidiert wird die Kommission von Nationalrätin Priska Seiler Graf. In dem Gremium sind auch Ständerat Daniel Jositsch, Markus Späth, Chef der Kantonsratsfraktion, Andreas Daurü, Co-Präsident ad interim, Gabriela Rothenfluh, Co-Präsidentin der SP Stadt Zürich, sowie Andrea Sprecher, Generalsekretärin der städtischen und kantonalen SP. Die Präsidiumswahl findet am ausserordentlichen Parteitag vom 22. Mai statt.

Mehr Passagiere und weniger Flüge in Zürich

asü. · Im Februar ist die Zahl der Passagiere am Flughafen Zürich im Vergleich zum Vorjahresmonat um 6,8 Prozent auf 1,9 Millionen gestiegen. Abgenommen hat die Zahl der Flugbewegungen, um 1,7 Prozent auf 18 700. Die Frachtmenge betrug im Februar 2017 36 130 Tonnen, 8,9 Prozent mehr als im Februar 2016.

Weiter warten aufs Tram nach Affoltern

Vereine aus dem Quartier ärgern sich über die Verzögerung des Projekts

Der Zürcher Gemeinderat hat schon vor Jahren eine neue Tramlinie ins stark wachsende Quartier Affoltern gefordert. Nun braucht der Stadtrat zum dritten Mal eine Fristerstreckung.

ak. · In wenigen Jahren hat sich die Bevölkerungszahl des Quartiers Affoltern um mehrere tausend erhöht – mit den entsprechenden Folgen für die Infrastruktur. Der Schulhausbau konnte lange nicht mit der stets wachsenden Zahl von Kindern mithalten. Nun ist es der öffentliche Verkehr, der unter den zunehmenden Passagierzahlen ächzt. Die Busse sind morgens vielfach überfüllt und stecken erst noch häufig im Stau, weil sie keine eigenen Spuren haben.

Grundsätzlich ist zwar die Notwendigkeit einer Tramlinie nach Affoltern erkannt, und auch die Linienführung ist bereits bestimmt worden. Das Tram soll den heutigen Betrieb des 32er-Busses ersetzen. Doch mit der konkreten Umsetzung des Projekts harzt es seit Jahren.

Der Zürcher Gemeinderat hat im Sommer 2013 eine Motion an den Stadtrat überwiesen, in dem dieser aufgefordert wird, verbindliche Pläne für die neue Tramlinie auszuarbeiten. Dafür hätte er zwei Jahre Zeit gehabt. Doch nun verlangt er bereits zum dritten Mal eine Fristerstreckung für die Erfüllung der gemeinderätlichen Forderung.

Der Stadtrat verweist in seiner Begründung vor allem auf den Verkehrsverbund, der vermutlich erst im September Leistungsauftrag und Finanzierungszusage liefern werde. Das Vorpro-

jekt sollte dann ab Februar 2018 angepackt werden können. Wegen der komplexen Anforderungen und der Koordination mit dem Kanton sei es also unmöglich, die Motion bis Juni 2017 zu erfüllen.

SP-Gemeinderat Hans Jörg Käppeli, der die Motion zusammen mit Thomas Wyss (Grüne) eingereicht hatte, ist enttäuscht von der Begründung: Er verstehe nicht, warum es weitere Monate brauche, bis der Kanton den Startschuss gebe. Zudem werde offenbar erst jetzt ein Planer für das neue Tram gesucht. Es bewirke wohl nichts mehr, wenn man dem Stadtrat die Fristverlängerung verweigere, sagt Käppeli. Aber der Gemeinderat werde heute Mittwoch wohl noch einmal seinem Unmut Luft machen.

Auch aus dem Quartier ist dieser Unmut zu vernehmen. In einer Medienmit-

teilung hält die Kerngruppe Affoltern, der unter anderen der Quartierverein, der Gewerbeverein und Quartiertreffpunkte angehören, klar fest, dass es so nicht weitergehen könne. Auf der Wehntalerstrasse müssten nun als Übergangslösung sofort die Spuren eingerichtet werden, auf denen Busse bevorzugt werden könnten. «Die Bevölkerung von Affoltern will Lösungen – und dies in Bälde», heisst es in einer Medienmitteilung.

Ein Knackpunkt des Projekts, die Verbindungen beim Zehntenhausplatz, konnte immerhin gelöst werden. Bei einer Veranstaltung im Quartier war eine Mehrheit dafür, die Spuren oberirdisch zu verknüpfen und keine Unterführung für Autos zu bauen. Dafür sprachen unter anderen die um achtzig Millionen Franken geringeren Kosten.